

Sächsische Elbzeitung.

Amts- und Anzeigebblatt

für das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Schandau und den Stadtgemeinderath zu Hohnstein.

Die „Sächs. Elbzeitung“ erscheint Mittwoch und Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, sowie durch die Expedition dies. Bl. für 1 Mark vierteljährlich zu beziehen. — Insetate für das Mittwochblatt werden bis Dienstag früh 9 Uhr, für das Sonnabendblatt spätestens bis Freitag früh 9 Uhr erbeten. — Preis für die gespaltene Corpustafel oder deren Raum 10 Pf., Insetate unter 5 Zeilen werden mit 50 Pf. berechnet, (tabellarische oder complicirte nach Uebereinkunft.) — Insetate für die Elbzeitung nehmen an in Hohnstein Herr Bürgermeist. Hesse, in Dresden und Leipzig die Annoncen-Büreaus von Haasenstein & Vogler, Invalidendank und Rud. Rosse.

N^o. 99.

Schandau, Sonnabend, den 12. December

1885.

Bekanntmachung,

die Wiedereröffnung der Schifferschulen betreffend.

Mit Genehmigung des Königl. Ministerium des Innern wird auch in diesem Winter an den Schifferschulen zu Schandau, Königstein, St. Wehlen und Pirna in den zur gedächlichen Führung des berufsmäßigen Schiffergewerbes erforderlichen Gegenständen, Unterricht erteilt werden. Indem die unterzeichnete Direction die beteiligten Schiffemannschaften, insbesondere diejenigen, welche sich zur vor der Königl. Amtshauptmannschaft Pirna als Elbstromamt abzulegenden **Steuermannsprüfung** vorzubereiten gedenken, hiervon in Kenntniß setzt, werden dieselben gleichzeitig zum fleißigen Besuche des bevorstehenden Unterrichtscursus aufgefordert.

Die Anmeldung zur Theilnahme am Unterricht hat bei den mit der Specialaufsicht der einzelnen Schifferschulen betrauten Localvorständen und zwar in Schandau: bei dem Stationsvorstand der Nordwest-Dampfschiffleppschiffahrts-Gesellschaft Herrn **Carl Hering** in Schandau, in Königstein: bei Herrn Schiffsherrn **Carl Rißchner** in Halbestadt, in St. Wehlen: „ „ „ **Oswald Richter** in St. Wehlen, in Pirna „ „ „ **Hermann Prasser** in Pirna.

zu geschehen, bei welcher Anmeldung gleichzeitig der Betrag von 3 Mark zu entrichten ist.

Der Tag des Beginns des Unterrichts sowie die Unterrichtsstunden werden von den Localvorständen noch besonders bekannt gemacht. Dresden, den 5. December 1885.

Königliche Direction der Schifferschulen.

Vaurath **Löhmann.**

Das Ende des Carolinenstreites.

Aus Madrid ist dieser Tage die bedeutsame Kunde eingetroffen, daß der spanische Ministerrath dem mit Deutschland unter Vermittelung des Papstes abgeschlossenen Verträge wegen der Carolineninseln unverändert seine Zustimmung erteilt hat. Da zugleich jeden Tag die Unterzeichnung und Veröffentlichung des Schlussprotocolls zu den deutsch-spanischen Verhandlungen erwartet wird, so kann man endlich die Carolinenangelegenheit als erledigt betrachten und zwar, falls die über den Inhalt des betreffenden Vertrages bereits courfirten Mittheilungen dem wirklichen Sachverhalte entsprechen, in einem für beide betheiligten Parteien befriedigenden Sinne. Deutschland würde hiernach, um den Hauptpunkt hervorzuheben, die Souveränität Spaniens über die Carolineninseln anerkennen und dafür als spanische Gegenleistung das Recht erhalten, auf dem gesammten Archipel freien Handel und freie Schifffahrt zu treiben, sowie auf einer oder mehreren Inseln Kohlenstationen anzulegen. — Mit der Beilegung des Carolinenstreites hat eine der seltsamsten Affären auf dem Gebiete der neuesten europäischen Politik ihr Ende gefunden, wir geben nochmals in allgemeinen Umrissen eine Analyse derselben. Zwei große Nationen streiten sich um das Besitztum einer Inselgruppe im fernen Weltmeer, welche, obgleich über verschiedene Breitengrade ausgedehnt, den Flächeninhalt des Fürstenthums Neuchâtel nur um wenige Quadratmeter übertrifft. Während man in Madrid mit langen Reden und vergilbten Documenten die Priorität der Ansprüche Spaniens zu beweisen sucht, ziehen deutsche Kriegsschiffe auf den strittigen Inseln die schwarz-weiß-rothe Flagge auf. Die Kunde von dem thatkräftigen Vorgehen der Deutschen ruft in ganz Spanien einen Schrei der Entrüstung hervor, der spanische Nationalstolz fühlt sich tief verletzt und macht sich in drohenden Kundgebungen gegen Alles, was deutsch heißt, bis zur Lächerlichkeit breit; den Gipfel dieser Demonstration bildet die Beschimpfung und Zertrümmerung des deutschen Gesandtschaftswappens in Madrid. Trotz alledem bewahrt Deutschland seine Ruhe und erklärt sich bereit, in sachliche Verhandlungen einzutreten, aber die spanische Regierung, unterstützt von der im Volke fortdauernden deutschen Strömung, will sich auf gar keine Verhandlungen, die nicht auf Anerkennung des Besitzrechtes Spaniens basiren, einlassen, sie lehnt auch das Project eines europäischen Schiedsgerichts ab, die zwischen Berlin und Madrid gewechselten Noten nehmen einen immer kalteren Ton an, jenseits der Pyrenäen erörtert man schon ganz ernsthaft die Chancen eines Krieges gegen Deutschland — kurz, die Krisis, welche die ganze europäische Politik beherrscht, ist auf ihrem Höhepunkte angelangt. Da überrascht, ja verblüfft der leitende deutsche Staatsmann die Welt durch einen seiner genialen diplomatischen Schachzüge: Er schlägt dem Gegner die Vermittelung des Papstes vor, welche Spanien als katholische Macht nicht ablehnen kann und die Unterhandlungen lenken, wenngleich sie noch

einen langwierigen Character tragen, allmählich in ruhigeres Fahrwasser ein, auf beiden Seiten zeigen sich immer versöhnlichere Dispositionen, der durch das Ableben Alfonso's XII. in Spanien hervorgerufene Ministerwechsel beschleunigt sogar die friedliche Entwicklung der Dinge, bis nun endlich der Ausgleich auf der oben erwähnten Grundlage erfolgt ist.

Es fehlt in Deutschland nicht an Stimmen, welche den Verlauf der Carolinenfrage als eine Niederlage der deutschen Politik und deren Nachgiebigkeit gegenüber den spanischen Ansprüchen als Schwäche bezeichnen. Nun, Deutschland wäre es doch wahrlich ein Leichtes gewesen, eine ansehnliche Kriegsflotte nach den Carolinen oder auch an die spanischen Küsten zu schicken und seine Ansprüche auf das Streitobject mit Gewalt zu behaupten. Aber eine solche Handlungsweise hätte mit dem ganzen, ausgesprochen friedliebenden und gemäßigten Character der deutschen Politik in Widerspruch gestanden und ein sich hieraus wahrscheinlich entwickelnder Krieg mit Spanien wäre außerdem doch keinesfalls jener paar Schollen Erde werth gewesen. Kein patriotischer Deutscher wird es darum dem Fürsten Bismarck verdenken, daß er lieber nachgab, soweit dies unsere nationale Ehre und Interessen es gestatteten, als unsere gesammten Beziehungen zu einer uns bisher befreundeten Nation auf's Tiefste zu schädigen; auch hat ja Deutschland seine Wünsche im Großen und Ganzen durchgesetzt. Wenn aber ferner behauptet wird, daß durch die Carolinenaffaire zum Mindesten die handelspolitischen Beziehungen Deutschlands zu Spanien bedenklich erschüttert seien, so ist dem einfach die Thatsache entgegenzuhalten, daß das Ministerium Sagasta zugleich mit der Genehmigung des Carolinenvertrages die Verlängerung des im Jahre 1887 ablaufenden Handelsvertrages mit Deutschland bis zum Jahre 1892 ausgesprochen hat. Dieser Hinweis dürfte wohl genügen, um die handelspolitischen Beziehungen des deutschen Reiches zu Spanien im besten Lichte erscheinen zu lassen.

Zur europäischen Lage.

Nur nur wenige Wochen trennen uns von dem Zeitpunkte, an welchem das alte Jahr seinem jugendfrischen Nachfolger die Herrschaft abtreten wird, und ein Blick auf die allgemeine politische Lage, wie sie sich gegen den Jahreswechsel hin darstellt, erscheint um so gerechtfertigter, als sie gerade heuer in mancher Beziehung durchaus vom Scheine der Ungewißheit bedeckt ist. Den Brennpunkt der europäischen Politik bildet nach wie vor unbestritten die Balkankrisis und es bedarf wahrlich keiner großen Prophetengabe, um vorherzusagen, daß diese Krisis in ihrer heutigen verwickelten Gestalt noch in das neue Jahr hineinspielen wird. Von jeher haben sich gerade auf der Balkanhalbinsel die verschiedensten Interessen gekreuzt und es bedurfte immer nur eines äußeren Anlasses, um diesen Interessenstreit an das Tageslicht zu bringen. So ist es auch mit der jüngsten Ausgabe der orientalischen Frage. Die Proclamation der bulgarischen Union hat wiederum

die verschiedenartigsten Interessen im Südosten Europas zu einander in Gegensatz gebracht, und wollte man Bessimisten glauben, so wäre der serbisch-bulgarische Conflict nur der Vorläufer zu viel bedenklicheren Verwickelungen zwischen den europäischen Großmächten selbst.

Indessen, so verwickelt sich auch heute die Balkankrisis darstellt, so darf man an einem befriedigenden Ausgange derselben doch noch lange nicht verzweifeln. Es läßt sich ja nicht läugnen, daß Oesterreich mehr oder weniger hinter Serbien steht, und andererseits Rußland der bulgarischen Sache nichts weniger als feindlich gesinnt ist und noch vor einigen Jahren wäre vielleicht dieser anscheinende Gegensatz zwischen Oesterreich und Rußland eine höchst beunruhigende Erscheinung für Europa gewesen. Aber seitdem haben wir Skierniewicz und haben wir Kremier erlebt, von Gastein und Ischl ganz zu schweigen, und diese Zusammenkünfte der drei mächtigsten Monarchen Europas haben gewiß ihre nachwirkende Kraft auch bis heute behalten, welche selbst die unerwarteten Ereignisse in Philippopol nicht zu beeinträchtigen vermögen. Die Beurtheilung der wahren Beziehungen der Mächte zu einander lediglich auf Grund gewisser äußerlicher Erscheinungen und Vorgänge ist überhaupt immer ein sehr mißlicher Calcul. Dies gilt auch von der augenblicklichen Lage auf der Balkanhalbinsel, wenngleich sich hier und da die Wege der österreichischen und der russischen Politik zu kreuzen scheinen, so erheischen doch die beiderseitigen Interessen vielmehr einen freundschaftlichen Ausgleich als ein scharfes Auseinanderplayen, außerdem kann man auch mit Gewißheit annehmen, daß Deutschland sein vermittelndes Wort nöthigenfalls zur Geltung bringen wird, zumal, wenn sich die Nachricht von der Einberufung einer neuen Conferenz zu Beschwörung der orientalischen Krisis in Berlin bestätigen sollte. — Alles in Allem genommen, erscheint sonach die gegenseitige Stellung der Kaiserreiche in den Balkanwirren nicht danach angestrichen, um letzteren einen unheilvollen Einfluß auf die künftige Gestaltung der europäischen Lage zuzuschreiben, wenngleich am Ende da und dort noch ein „dunkler“ Punkt aufzuhellen ist. Es bliebe nur noch die Frage nach der Haltung der übrigen Großmächte übrig. Nun, was Frankreich und Italien anbelangt, so sind diese in der jetzigen Balkankrisis nur wenig hervorgetreten; Italien hat auch in der That gegenwärtig noch zu viel mit seinen inneren Verhältnissen zu thun, als daß es sich jetzt wieder in das Fahrwasser abenteuerlicher auswärtiger Politik stürzen sollte, und was Frankreich anbelangt, so wird dieses Land zur Zeit durch die Tonkin-Affaire in einer Weise in Anspruch genommen, die ihm nur eine sehr beschränkte Theilnahme an den Balkanangelegenheiten gestattet. Es bliebe demnach noch England, und da muß man allerdings gestehen, daß sich der englische Einfluß bei den Vorgängen auf der Balkanhalbinsel unschwer nachweisen läßt, speciell namentlich bezüglich der Regelung der ostrumelischen Frage und führt man besonders die Sistierung der Abreise des türkischen außerordentlichen Commissar für